

1 **Rüstungsexporte in die Türkei stoppen!**

2 Antragssteller: OV Ehrenfeld

3 Zur Weiterleitung an: Bundestagsfraktion

4

5 Begründung:

6 Unter Ignoranz der politischen Entwicklungen in der Türkei steigen die Rüstungsexporte der
7 Bundesrepublik an die Erdoğan-Regierung. Der tobende Krieg im Osten des Landes gegen
8 die Bevölkerung, die gewaltsame Verfolgung der demokratischen Opposition bis hin zur
9 sozialdemokratischen CHP, die unzähligen Entlassungen und Festnahmen von Lehrern,
10 Professoren oder Juristen und die Verfolgung von Journalisten in der Türkei sind zu
11 verurteilen. Rüstungsexporte sind als fördernder Faktor dieser Entwicklung einzustellen.

12 Die Türkei gehört mittlerweile zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Waffen. Seitdem die
13 Zahl der Geflüchteten vor einem Jahr massiv zunahm, ist sie mit einem Volumen von 76,4
14 Millionen Euro von Platz 25 im ersten Halbjahr 2015 auf Platz acht im Jahr 2016 gerückt.

15 Wer Rüstungsgüter herstellt trägt Verantwortung. Der Export solcher Güter kann die Lage in
16 Kriegsgebieten verschärfen. Entgegen entsprechender Verlautbarungen kann niemand
17 garantieren, dass deutsche Waffen nicht in Menschen- und völkerrechtswidrigen Einsätzen
18 des türkischen Militärs eingesetzt werden. Die Regierung Erdoğan führt in Syrien einen Krieg
19 gegen die kurdischen Autonomiegebiete und schwächt damit den Widerstand gegen den
20 Islamischen Staat. Staatspräsident Erdoğan hat angekündigt, möglicherweise auch im Irak
21 militärisch zu intervenieren, gegen den erklärten Willen der irakischen Regierung. Ebenso
22 wenig ist auszuschließen, dass über die Türkei deutsche Waffen in die Hände von
23 islamistischen Terrormilizen in Syrien gelangt sind und weiterhin gelangen.

24 Notwendig für eine friedliche Entwicklung im Osten der Türkei, in Syrien, in Afghanistan, im
25 Irak und Libyen ist daher unbedingt die Einschränkung von Rüstungsproduktion und
26 Rüstungsexporten hierzulande. Frieden braucht eine Politik des Friedens; der Abrüstung, der
27 Diplomatie und der Völkerverständigung. Die Realisierung von Menschenrechten und
28 Demokratie bedarf der internationalen Solidarität demokratischer Kräfte hierzulande, mit
29 Intellektuellen, Gewerkschaften, Frauenbewegung, Studenten und etlichen friedliebenden
30 Menschen in der Türkei.

31 Beschluss:

32 Die SPD steht für restriktive Exportbestimmungen für Rüstungsgüter und damit den Verzicht
33 auf Exporte in Krisen- und Spannungsgebiete, deshalb fordern wir einen sofortigen Stopp
34 von Rüstungsexporten in die Türkei.